



KOMMENTAR

Provinzposse??

Dass Theorie und Praxis oftmals meilenweit auseinanderklaffen weiß wohl inzwischen ein jeder. Allerdings sollte man meinen, wo es doch nun schon ein jeder weiß, dass sich so peu à peu etwas ändert. Besonders sollte man dieses aber an unseren Bildungseinrichtungen erwarten dürfen. Aber weit gefehlt, wie mir vor einiger Zeit wieder einmal sehr anschaulich vor Augen geführt wurde.

Als ich vor mehreren Monaten einer Arbeitsgruppe angehörte, die sich mit der Gewinnung junger Menschen für den Polizeidienst befasste, begleitete mich die Theorie auf Schritt und Tritt. In der Arbeitsgruppe ging es schließlich um die Verbesserung der Attraktivität des Polizeiberufs und um neue Mittel und neue Methoden der Nachwuchsgewinnung.

Fast zur selben Zeit holte mich die Praxis ein. Es erreichte mich eine Mitteilung der Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Polizei, wonach sie ihr dienstlich veranlasstes (!) Auslands(berufs)praktikum aus eigener Tasche finanzieren sollen. (Wir berichteten)

Die Geschichte, die meines Erachtens bis dahin schon traurig genug war und die ich im März nach einer positiven Entscheidung des Innenministers abgeschlossen wähnte, erfuhr tatsächlich noch eine, selbst für mich unerwartete und unangenehme Fortsetzung, die durchaus unter der Rubrik „Provinzposse“ firmieren könnte. Im Frühsommer erging näm-

lich ein Bescheid der Fachhochschule, in dem die Kostenerstattung mit der Begründung abgelehnt wurde, die Studenten hätten ihr Praktikum einen Tag vor Inkrafttreten des Erlasses des Innenministeriums angetreten. Zur Erinnerung: Der Erlass war eigens für eben diese Betroffenen gefertigt worden.

Das sind die berühmten Momente im Leben, wo einem zunächst jegliche Worte fehlen.

Diese Verweigerungshaltung ist für mich das größte Armutszeugnis, das sich die Verantwortlichen ausstellen konnten. Immer wieder aufs Neue den Versuch zu unternehmen, eigenes Versagen auf die Studenten abzuwälzen, ist das wirklich Letzte!

Für die Studierenden war es zugleich ein toller Einstand und Ausblick in einen attraktiven Beruf, dessen Ausübung leider immer wieder durch genau solche Hindernisse, wie Desinteresse, Verantwortungslosigkeit, Beratungsresistenz, ..., erschwert wird.



Michael Silkeit

Foto: C. Kettler

Schön wäre es, wenn irgendwann wieder einmal der Mensch im Mittelpunkt stünde, wie in der Theorie.

Michael Silkeit



AUSLANDSPRAKTIKA FÜR POLIZEISTUDENTEN

Innenminister spricht „Machtwort“

Mit einem „Machtwort“ beendete Innenminister Lorenz Caffier das erneute Aufflammen einer Diskussion um die Finanzierung des Auslandspraktika der Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Polizei an der FHöVPR Güstrow.

Wie wir berichteten, gingen mit Datum vom 4. Juli Bescheide ein, in denen den Studentinnen und Studenten mitgeteilt wurde, dass ihnen die Kosten für das dienstlich veranlasste Auslandspraktikum nicht erstattet werden, da sie einen Tag vor Inkrafttreten des Bezugserlasses auf Dienstreise gegangen waren.

Nachdem die GdP unverzüglich im Innenministerium intervenierte, erklärten

sowohl Innenstaatssekretär Thomas Lenz als auch Innenminister Caffier, dass es bei der mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verhandelten Lösung bliebe. Danach werden in diesem Jahr die reinen Fahrtkosten der Auslandspraktika erstattet und die Zeiten als Dienstzeit angerechnet.

Ab dem nächsten Jahr werden Auslandspraktika im Fachbereich Polizei ge-

nerell als Dienstreisen gewertet. Sollte es immer noch vereinzelte Probleme bei der Abrechnung der Praktika geben, bitten wir uns dieses unverzüglich mitzuteilen.

Eingelegte Widersprüche bitte erst nach Eintritt der Leistung der FH zurücknehmen.

Der Landesvorstand



„Lustig Provokativ Besonders Knackig – Mit Vergnügen“

Unter dem Motto „Lustig Provokativ Besonders Knackig – Mit Vergnügen“ fanden sich die Mitarbeiter des LPBK M-V am 9. Juni 2011 im Gemeindehaus in Wittenförden ein. Das Organisationsteam hatte einige logistische Herausforderungen wie Finden eines geeigneten Veranstaltungsortes, Aufstellen eines Programms und die Versorgung der Mitarbeiter zu meistern.

Mit einem Eröffnungstanz im Line-Dance-Format demonstrierten die Mitarbeiter der Abteilung 1 die Einheit und Geschlossenheit. Was beim Auftritt cool und einfach aussah, hat uns aber doch bei



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Oktober 2011 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 9. 2011. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

den Proben einige Anstrengungen und Schweißperlen gekostet.

Beim traditionellen Wettkampf zwischen den Abteilungsleitern und dem Direktor hatten nicht nur die Zuschauer viel Spaß. Hierbei unterstützte uns die Verkehrswacht in besonderem Maße. Es wurde ein kleiner Kettcar-Parcours aufgebaut. Ziel: Kettcar auf Zeit einparken. Kleine Hürde: mit Alkohol-Brille. Das heißt, jeder Teilnehmer wurde in einen fingierten alkoholisierten Zustand befördert (0,8 Promille) und musste sich trotz dessen einigermaßen straßenverkehrstauglich und flink Richtung Ziel begeben. Es war schon recht lustig anzuschauen, wie die Herren entweder durch die Seitenwand des Carports fuhren oder einfach STOP-Schilder übersahen.

Der alljährliche Wettstreit der Abteilungen und der Bezug zur Allgemeinen Abteilung sollte natürlich auch in diesem Jahr nicht fehlen. Was lag also näher, als einen „Verwaltungsparcours“ einzurichten, bei dem die geschickteste Abteilung ermittelt wurde. Equipment, Ablauf und Regeln wurden aufgestellt. Aber wie gewinnt man freiwillige Mitspieler? Ein Märchen wurde geschrieben, welches mit Namen von Mitarbeitern gespickt, potenzielle Mitspieler für das folgende Spiel generierte. Clever! Hier ging es getreu dem Motto „knicken – lochen – abheften“ darum, Büroklammern auf- und abzufädeln, Papiere zu sortieren, zu tackern, einzutüten, zu stempeln und letztlich zur Poststelle zu befördern.

Jetzt wollten wir noch einen kurzen Einblick in das Tätigkeitsfeld eines Archivars geben. Eine Märchentante er-

klärte mit rauchiger Stimme, was es mit den goldenen Regeln in einem Archiv auf sich hat, und was passiert, wenn man diese Regeln nicht beachtet. Und um das Ganze noch verständlicher darzustellen, zeigten uns kleine Monster, welchen Spaß man doch „Nachts im Archiv“ in ALBA-Tonnen haben kann.

Zum Ende unseres Programms, was zwischendurch immer wieder durch DJ Manny aufgelockert wurde, gab es noch die lang ersehnte Tombola. Aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren hatten



wir absichtlich auf eine Vielzahl von Preisen verzichtet und uns auf nur sechs, dafür aber hochwertige Preise beschränkt.

In diesem Zusammenhang bedanken wir uns bei der GdP-Kreisgruppe der BP für die gesponserten Preise und die finanzielle Unterstützung.

*Ute Wienecke
Kreisgruppe LBPA/LPBK M-V*

Wenn schon
POLIZEI in M-V
dann auch
GdP in M-V



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



KENNZEICHNUNGSZWANG

Ein klares NEIN zur Kennzeichnungspflicht

Müssen wie in Berlin auch die Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern bald Namensschilder tragen? Die Partei des jetzigen Innenministers Lorenz Caffier lehnt eine Kennzeichnungspflicht für Beamte zwar strikt ab. Jedoch bei einem möglichen Regierungswechsel könnte es aber doch zu einem Kennzeichnungszwang kommen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Mecklenburg-Vorpommern lehnt die Forderung nach einer Identifizierbarkeit von Polizeikräften (Kennzeichnungspflicht) im Einsatz nach wie vor ab. Wir sehen u. a. durch eine Zwangskennzeichnung insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des betroffenen Beamten verletzt.

Neben der Partei die LINKEN haben sich auch die Grünen in M-V eindeutig für einen Kennzeichnungszwang ausgesprochen. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich – vielleicht vorsorglich (vor den Wahlen) – in der letzten Positionierungsrunde erst gar nicht mehr dazu geäußert. Der ehemalige SPD-Innenminister Dr. Gottfried Timm, der zur kommenden Landtagswahl nicht mehr antreten wird, äußerte sich nur am 30. November 2010 mit den Worten: „Wer die Landespolizei kennt, der weiß, dass der einzelne Polizeibeamte heute oft mit Namensschild anzutreffen ist. Dieses dient einem guten Miteinander von Bürger und Polizei. In geschlossenen Einsätzen, die oft länderübergreifend stattfinden, muss es eine bundeseinheitliche Regelung geben. Diese sieht aus guten Gründen keine Namensschilder vor. Der Polizeibeamte vertritt den Staat in seiner Person, im extremen Fall unter Einsatz seines Lebens. Ein Sonderweg Mecklenburg-Vorpommerns kann dazu führen, dass wir von Polizeien anderer Länder in Großlagen nicht mehr unterstützt werden.“ Ein eindeutiges „NEIN“ gegen die Kennzeichnung von PolizistInnen stellt diese Aussage jedoch nicht dar und was seine „Parteinachfolger“ für einen Weg beschreiten werden, wissen wir (noch) nicht.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Torsten Renz, lehnt nach Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten in Berlin eine

solche Regelung für Mecklenburg-Vorpommern ab. Er widersprach einer Forderung aus der Linksfraktion. Die Festlegungen im Nordosten seien ausreichend, sagte Renz. Für Polizisten gebe es bereits seit 2002 die Möglichkeit, im Streifen- und im Bäderdienst freiwillig Namensschilder zu tragen. Vorgesetzte seien bei Großeinsätzen bereits nach den heutigen Regelungen individuell gekennzeichnet, allen anderen Polizisten könnten auf freiwilliger Basis seit Einführung der neuen Uniformen 2007/2008 ebenfalls ein Namensschild nutzen. Eine Zuordnung der Einsatzkräfte sei aufgrund der Kennzeichnung ihrer Helme möglich.



Beamte unter Generalverdacht

Unsere Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat der LINKEN vorgeworfen, mit ihrer Forderung nach Namens- oder Nummernschildchen für die Beamten die Polizei unter Generalverdacht zu stellen. Zugleich werde in der Diskussion der Eindruck erweckt, dass Gewalt bei Demonstrationen, Fußballereinsätzen oder Castor-Transporten von Polizisten ausgehe, kritisierte der stellvertretende Landesvorsitzende Christian Schumacher. Dabei nehme gerade die Gewalt gegen Polizisten explosionsartig zu (z. B. Berlin, 1. Mai 2010 – 98 verletzte Polizeibeamte,



Foto von der Amnesty-Aktion am Rande der „Freiheit statt Angst“-Demo in Berlin am 11. September 2010

Foto: Christian Ditsch/Amnesty International

Berlin, 1. Mai 2009 – 273 verletzte Polizeibeamte, Berlin, 1. Mai 2008 – 103 verletzte Polizeibeamte, Stuttgart, 30. September 2010 – 34 verletzte Polizeibeamte, G8-Gipfel Heiligendamm, 2007 – 433 verletzte Polizeibeamte, Dresden, 19. Februar 2011 – 82 verletzte Polizeibeamte, Castor 2010 – 131 verletzte Polizeibeamte).

„In dieser Richtung vermissen wir jegliche Initiative“, betonte Schumacher an die Adresse der Linkspartei und deren innenpolitischen Sprecher im Landtag, Peter Ritter, gerichtet.

Gino Leonhard, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, erklärt zur Forderung der LINKEN, Namensschilder bei der Polizei einzuführen: „Namensschilder bei der Polizei lehnt die FDP-Fraktion strikt ab. Im Zuge von Transparenz und Prävention befürworten wir allerdings Nummern an den Uniformen, um rechtsstaatliche Verfahren im Falle eines Fehlverhaltens zu vereinfachen. Namensschilder wären eine Sicherheitsgefahr für die Polizistinnen und Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern, die einen achtvollen Dienst verrichten.“

Die Landesredaktion



GdP-Kreisgruppe NWM fragt nach

– Ergebnisse Ministergespräch –

Der Einladung der Kreisgruppe Nordwestmecklenburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Gesprächsforum folgte unser Innenminister Lorenz Caffier am 21. Juli. Immerwiederkehrende Fragen der Kollegen zur Beförderungssituation, zum Nachersatzverfahren und zum Personalentwicklungskonzept insgesamt sollten direkt mit dem Innenminister erörtert werden. Freundlicherweise stellte uns die Stadtverwaltung den Bürgersaal zur Verfügung, dessen Größe die Möglichkeit dafür bot, dass alle interessierten Mitarbeiter teilnehmen konnten. 40 Arbeitnehmer und Polizeibeamte machten davon Gebrauch.



Nach der Begrüßung durch den Kreisgruppenvorsitzenden Uwe Burmeister, führte Maik Schröder, stellv. Kreisgrup-



penvorsitzender, durch das Gespräch. Herr Caffier betonte schon zu Beginn der Diskussion, wie wichtig es ist, dass sich Interessenvertreter, hier die GdP, in die Problemlösung und Entwicklung der Polizei einbringen. Fragen der Kollegen, die sich auf das PEK bezogen, zielten insbesondere auf die Thematik Nachwuchs in der Polizei ab. Auf die Gesprächsthemen Überalterung in der Polizei, Krankenstand und Beförderungen gab der Minister umfassende und anschauliche Antworten, die durch in Tabellen und Diagrammen dargestellte Zahlen und Fakten untermauert wurden. Die Attraktivität des Polizeiberufes muss gesteigert werden, so der Minister. Dazu gehört es, die Rahmenbedingungen für junge Familien zu verbessern, die Gesundheitskompetenz zu fördern und ältere Beamte altersgerecht zu verwenden.

40 Dienstjahre als Polizeiobermeister

Die Frage des Kollegen Burmeister, warum ein Streifenbeamter nach 40 Dienstjahren als Polizeiobermeister in Pension verabschiedet wurde, obwohl

ihm hervorragende Dienstdurchführung bescheinigt wurde, beantwortete er dahingehend, dass dieses Problem in Verantwortung der jeweiligen Dienstvorgesetzten liegt, welche auf solche Umstände zu achten haben. Real ist aber auch, dass nicht jeder ausbefördert werden kann. Maßgebend zur Beförderungsverteilung ist die Planstellenobergrenzenverordnung, wonach z. B. 50% des mittleren Dienstes (m. D.) in der Besoldungsgruppe A 9/ A 9Z sein dürfen. Laut dem Minister hätten die jetzigen Probleme gerade im m. D. auch ihren geschichtlichen Hintergrund in der Wendezeit, wo auf Schlag ein großer Personalkörper übernommen wurde. Um das Thema Regelbeförderung (Beförderung nach festgesetzten Zeitabständen) ging es in einer weiteren Frage, worauf der Minister nicht konkret einging, sondern die Beförderungszahlen der vergangenen Jahre präsentierte (siehe Tabelle auf Seite 5). Zur sogenannten „Regelbeförderung“ folgt zeitnah ein gesonderter Beitrag!

Fakten, Zahlen

Die konkreten Fragen zur Weiterführung des PEK, zu Neueinstellungen und zu den geplanten Beförderungen ergaben folgende Fakten:

- Fortschreibung PEK bis 2020, hinsichtlich der Personalstärke, wobei die Polizei bei dem geforderten Personalabbau von 9% im gesamten öffentlichen Dienst mit dem Abbau von 191 PVB (ca. 3%) bis 2015 eine Ausnahme darstellt; danach Evaluierung der Personalsituation
- Einstellungskorridor von 2011 bis 2013 = jährlich 132 PVB, nach Ausbildung ein Jahr LBPA
- Beförderungen 2011 ca. 400 und geplant 2012 bis 2015: jährlich ca. 300

– Altersdurchschnitt in der Landespolizei Stand 2011 44,69 (in den Jahren 2012 und 2013 leicht abfallend, um die 44,6%)

Ergänzend wurde der konkrete Inhalt des weitergeführten PEK hinsichtlich der zukünftigen Verteilung der Mitarbeiter im m. D. und g. D. hinterfragt.

– Ziel des PEK 2010 jeweils 50% ist ja bereits erreicht!

– Wie lautet das neue Ziel? Evtl. zweigeteilte Laufbahn??

Der Innenminister antwortete, dass es bezüglich der Verteilung m. D./g. D. derzeit noch keine Festlegung gibt. Voraussichtlich wird es hierzu im Herbst 2011 eine Entscheidung geben.

Weiterführung der Aufstiegsmöglichkeiten!

Zur Forderung nach Weiterführung der Aufstiegsmöglichkeiten vom m. D. zum g. D. versicherte der Minister, dass alle Aufstiegsmöglichkeiten gem. §§ 13, 14, 24 LVO neu (alt §§ 10, 13, 13 a) bestehen bleiben sollen und auch noch ausgebaut werden. Es sei auch ein Vorbereitungsjahr für zukünftige H.-D.-Bewerber im Gespräch.

Der Minister sprach sich in diesem Zusammenhang deutlich für eine Abkoppelung der polizeilichen Ausbildung von der Fachhochschule aus. Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, dass 2/3 der Ausbilder in der Polizeiausbildung nicht der Polizei angehören. Polizeibeamte sollten zum überwiegenden Teil auch durch Polizisten ausgebildet werden!

Auf die Nachfrage nach der Möglichkeit einer k-spezifischen Ausbildung gleich von Beginn der Ausbildung gab der Minister an, dass dieses immer wieder zur Diskussion steht. Er persönlich wäre dagegen.



KREISGRUPPE NORDWESTMECKLENBURG

Altersteilzeit

Zudem stellte Kollege Maik Schröder die Frage nach einer möglichen Fortführung der Altersteilzeitregelung (ATZ), wodurch in der Vergangenheit zum einen betroffenen Mitarbeitern geholfen und zum anderen der Einstellungskorridor erhöht werden konnte. Gerade diese Erhöhung des Einstellungskorridors (auf weit mehr als 132 Neueinstellungen pro Jahr) ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um der Überalterung in unserer Landespolizei entgegenzuwirken, so Maik. Es wurde deutlichgemacht, dass das Interesse an ATZ im Hinblick auf die ständig zunehmenden Belastungssitua-



tionen groß ist. Dieses spiegelt sich auch in der nachweislichen Zunahme an psychosomatischen Erkrankungen wider. Bekannt sei uns, dass sich Vertreter des Finanzministeriums in der nahen Vergangenheit gegen eine Wiederaufnahme der ATZ ausgesprochen haben. Die Antwort des Innenministers lautete: Ihm sei keine abschließende Stellungnahme des Finanzministeriums bekannt. Der Innenminister möchte die Möglichkeit der ATZ und gab an, dass sein Ministerium in der Diskussion mit dem Finanzministerium steht. Wir haben die Absicht, diese Problematik auch zeitnah mit der Finanzministerin zu erörtern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zur Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat der Minister eine Arbeitsgruppe im Ministerium damit beauftragt und es werden neue Wege bereitet, so sei z. B. in Rostock eine 24-Std.-Kita für Mitarbeiter im Schichtdienst geplant! Das Innenministerium sei zudem dabei, Laufpfade für altersgerechte Verwendung zu finden?? Auch hierzu gibt es noch Erörterungsbedarf!

Wird es eine Kantine im neuen Polizeigebäude der PI Wismar geben? – Das liegt in der Entscheidung des Betriebes für Bau und Liegenschaften (BBL), so der Minister.

Auch der Wunsch nach einem zentralen KDD wurde dem Minister mitgegeben.

Notwendigkeit eines Dialoges

Durch das Gesprächsforum kamen für die anwesenden Kolleginnen und Kollegen doch recht interessante Zahlen und Fakten auf den Tisch und machten zudem die Notwendigkeit eines Dialoges zwischen den Mitarbeitern und Politik deutlich. Klar stellten sich aber auch die Schwerpunkte für unsere zukünftige gewerkschaftliche Arbeit dar. Beispielhaft



sei hier die Forderung nach ATZ und der parallelen Erhöhung der Neueinstellungen sowie die Verbesserung der gesamten Beförderungssituation genannt.

Der Kreisgruppenvorstand GdP-KG Nordwestmecklenburg

Fotos: Berit Böttiger privat

Übersicht zu den durchgeführten Beförderungen 2001 bis 2010

	LG 2, ab 2. EA (ehem. hD)	LG 2, ab 1. EA (ehem. gD)	LG1, ab 2.EA* (ehem. mHD*)	Gesamt
2001	6	194	398	598
2002	5	141	233	379
2003	12	126	200	338
2004	3	182	329	514
2005	0	186	261	447
2006	5	184	183	372
2007	0	266	242	508
2008	16	328	310	654
2009	1	258	395	654
2010	8	165	211	384
Insgesamt	56	2030	2762	4848

* Beförderungen von Beamten nach § 10 und § 14 wurden zu den Beförderungen im mittleren Dienst gezählt.

JUNGE GRUPPE MECKLENBURG-VORPOMMERN

Herzlich willkommen

Am 4. August 2011 begrüßte die JUNGE GRUPPE der GdP M-V mit einem Grillabend die diesjährigen Neueinstellungen im m. D. der Landespolizei.



„Wahl-Stresstest“

Wir haben uns die „Mühe“ gemacht und uns die Wahlprogramme – in Sachen Innere Sicherheit/Polizei – der demokratischen Parteien angeschaut. Egal wie eure Entscheidung lauten wird – EINS ist WICHTIG:

Am 4. 9. 2011 WÄHLEN GEHEN!



SPD MV – Regierungsprogramm 2011 bis 2016

Das haben wir vor:

- Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgehen. Dabei setzen wir auf die bewährte Doppelstrategie aus Prävention und Repression.

- Wir werden auch weiterhin die professionelle und effektive Arbeit unserer Polizei durch moderne Ausrüstung, durch konsequente Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie durch Schaffung notwendiger gesetzlicher Grundlagen unterstützen.

- Die nachhaltige und systematische Präventionsarbeit gegen Kriminalität, insbesondere gegen Gewalt, wollen wir konsequent fortführen, insbesondere durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Förderung von Projekten zur Kriminalitätsvorbeugung.

- Der Opferschutz steht für uns im Mittelpunkt. Wir werden weiter dafür Sorge tragen, dass Opfern von Straftaten die erforderliche Hilfe für ihre Betreuung und Versorgung gewährt wird. Aber auch die Arbeit mit Tätern trägt dazu bei, zukünftig Gewalt entgegenzuwirken. Deshalb werden wir uns verstärkt dafür einsetzen, dass Täter von der Justiz zur Teilnahme an Täterprogrammen verpflichtet werden.

- Wir werden auch künftig alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, um Wiederholungstaten zu verhindern. Wir müssen den Schutz der Bevölkerung vor Tätern, die rückfällig werden und die nicht therapierbar sind, gewährleisten.

- Nur eine Strafe, die auf dem Fuße folgt, wird die Täter auch tatsächlich beeindrucken. Daher wollen wir die Dauer von Strafverfahren gegen kriminelle Jugendliche weiter verkürzen – durch eine noch enger abgestimmte Zusammenar-

beit zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe.

- Wir werden weiter konsequent gegen extremistische Gewalt vorgehen. Mecklenburg-Vorpommern soll ein weltoffenes und tolerantes Land bleiben.

Wir wollen das Datenschutzrecht weiter modernisieren. Wir wollen keinen gläsernen Bürger. Die Intensität und das Ausmaß von Datenschutzverstößen durch Missbrauch privater Daten in Unternehmen verdeutlicht, dass Datenschutz auch in der Privatwirtschaft gelten muss. Wir wollen, dass der Bürger selbst darüber entscheidet, wer was über ihn weiß.



CDU MV – Programm der CDU Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl

Was wollen wir von 2011 bis 2016:

Mecklenburg-Vorpommern wird immer mehr zum Tourismusland Nummer 1. Über das ganze Jahr hinweg kommen Menschen aus allen Teilen Deutschlands, aus Europa und der Welt zu uns. Sie wollen hier unbeschwerte Ferien verbringen. Deshalb brauchen wir trotz sinkender Einwohnerzahlen weiter eine gut ausgebildete und effektive Polizei, die vor Ort in Erscheinung tritt. Wir garantieren die Bürgernähe der Polizei. Die Polizeistruktur wird dauerhaft so stabilisiert, dass Polizei vor Ort sichtbar ist. Die Zahl der Einätze der Landespolizei nimmt weiter zu. Die gestiegene Zahl politischer Demonstrationen, die Absicherung von Sportereignissen sowie Schutzmaßnahmen wegen terroristischer Anschlagdrohungen sorgen für einen wachsenden Einsatzdruck. Angesichts des Altersdurchschnitts nimmt der Krankenstand zu. Darauf muss reagiert werden. Wir wollen daher den Personalabbau bei der Landespolizei stoppen und jährliche Ein-

stellungszahlen von 150 Beamten, um die Altersabgänge ab 2012 kompensieren zu können, erreichen.

Auf Grund der gestiegenen Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeivollzugsbeamten sichern wir die persönliche Ausstattung mit Schutzwesten. Der Bäderdienst wird fortgeführt. In der nächsten Legislaturperiode werden wir die Arbeiten zur baulichen und technischen Optimierung aller langfristig benötigten Polizeigebäude intensivieren.



Kriminalität effektiv bekämpfen – Opferschutz und Prävention, Strafverfolgung und Polizei stärken

Wir setzen uns für eine zügige Strafverfolgung ein. Das gilt für alle Delikte, besonders aber sollen rechtsextremistische Gewalttaten sowie fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte Taten eine zügige und konsequente Reaktion erfahren. Die Zurückdrängung der Wirtschaftskriminalität muss ein weiterer Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung werden.

Wir werden das Sicherheits- und Ordnungsgesetz novellieren. Ziel ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Sicherheits- und Freiheitsinteresse der Allgemeinheit und der Betroffenen. Diesem Anspruch wird das geltende Gesetz nicht gerecht. In zahlreichen Regelungen wird unverhältnismäßig in die Freiheitsrechte oftmals unbeteiligter Personen eingegriffen, so etwa bei der Videoüberwachung öffentlicher Orte oder der automatisierten Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen. Zudem sind die Vorschriften zu streichen, für die es aufgrund bereits bestehender hinreichender Maßnahmen im Rahmen der Strafverfolgung keinen ernsthaften Regelungsbedarf gibt, wie et-



LANDTAGSWAHL 2011

wa die polizeirechtliche Telekommunikationsüberwachung oder die polizeiliche Beobachtung. Letztlich soll auch die Kennzeichnungspflicht von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eingeführt werden. Die Polizeistrukturreform ist zu optimieren, auch im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform.

Wir wollen den Einstellungskorridor für Nachwuchskräfte erweitern und die Altersteilzeit wieder einführen. Einen weiteren Personalabbau bei der Polizei wird es mit uns nicht geben.



POLIZEI

Die FDP steht für eine leistungsstarke Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister auch zukünftig überall in unserem Flächenland präsent ist. Wir wollen dabei nicht Augenwischerei betreiben und nur Strukturen ändern, sondern endlich die Mangelverwaltung bei der Polizei beenden. Wir Liberale sind gegen weitere Auflösungen von Dienststellen. Die Beamten sollen nicht länger permanent an der Grenze der Belastbarkeit und darüber hinaus ihren Dienst leisten müssen. Der anhaltende Stellenabbau hat diese Situation stetig verschärft. Die Polizei muss auch zukünftig in der Lage sein, alle Einsätze bewältigen zu können, ohne die Menschen unter der Uniform zu verschleifen. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, den Einstellungskorridor entsprechend zu überarbeiten sowie 500 neue Stellen im Polizeivollzugsdienst zu schaffen. Die FDP will die Polizei von sachfremden Verwaltungstätigkeiten entlasten, damit sie ihren eigentlichen Aufgaben im operativen Dienst besser nachkommen kann. Dazu gehört vor allem der Abbau von polizeiinterner Bürokratie. Wir Liberale sehen auch Investitionsbedarf bei der Sachausstattung der Polizisten, um den neuen Anforderungen aufgrund des technischen Wandels sowie den Herausforderungen extremistischer oder terroristischer Bedrohungen im Land gerecht werden zu können. Dazu

gehören unter anderen gut ausgestattete und sichere Funkstreifenwagen sowie Informationstechnologie auf aktuellstem Stand. Der Gesundheitsschutz der Beamten muss bei allen Investitionen in die technische Ausstattung aber im Vordergrund stehen. Die FDP möchte die Aus- und Weiterbildungsstandards der Polizei weiterhin auf höchstem Niveau halten, damit die Beamten in allen Einsatzsituationen für sich und andere sicher entscheiden und handeln können. Das gilt insbesondere beim Einsatz gegen bewaffnete Straftäter, bei Großlagen oder bei der Aufklärung von Straftaten im Internet. Um die Motivation der Beamten zu erhöhen, muss der Beförderungsstau beendet werden. Die FDP setzt sich für verhältnismäßige Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen der Polizei ein. Online-Durchsuchungen, Großer Lauschangriff oder Schleierfahndungen durch die Polizei sind im Grundsatz verzichtbar. Plänen für eine flächendeckende Videoüberwachung werden wir nicht zustimmen. Wir wollen die Polizei auf der Straße und nicht hinter Bildschirmen. Im Bereich der Kriminalitätsvorbeugung, Verkehrsüberwachung und -erziehung wollen wir Liberale bestehende Präventionsmaßnahmen insbesondere in den Schulen fortführen. Bei Großeinsätzen werden wir die Transparenz erhöhen und eine Nummernkennzeichnung der Beamten einführen. Da Straftäter, vor allem die organisierte Kriminalität, vor Landesgrenzen nicht Halt machen, wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsfluss der Polizei mit der Justiz und mit den Polizeibehörden in unseren Nachbarländern, insbesondere mit Polen, und auf höheren Ebenen intensivieren. Um die Sicherheit auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns zu erhöhen, setzt sich die FDP für mehr Aufklärung der Öffentlichkeit ein. Neben den wichtigen Präventionsangeboten in Schulen, wünschen wir uns die Einrichtung einer wöchentlichen Verkehrssendung beim NDR-Fernsehen, ähnlich der viele Jahre erfolgreich in der ARD gelaufenen Verkehrssicherheitsendung „Der 7. Sinn“. Mit einer regionalen Verkehrssicherheitsendung können den Zuschauern hilfreiche Tipps und Informationen über die Gegebenheiten in Mecklenburg-Vorpommern und das Wissen vermittelt werden, wie sie sich sicherer im Straßenverkehr bewegen und Unfälle vermeiden können.



Polizeiarbeit braucht mehr Transparenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine zielgerichtete, anonymisierte Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen ein. Diese soll ausschließlich für diejenigen PolizistInnen gelten, die sich im Dienst (z. B. bei Demonstrationen oder Razzien) „vermummen“ müssen. Vor den entsprechenden Einsätzen sollen die BeamtInnen nach dem Zufallsprinzip Nummern zugeteilt bekommen, die sie im Einsatz sichtbar 2015 tragen. Die entsprechende Zuordnung der Nummern wird vom zuständigen Einsatzleiter der Staatsanwaltschaft vor dem Einsatz zur Verfügung gestellt. Eine Kennzeichnungspflicht für vermummete PolizistInnen ist in einem Rechtsstaat notwendig. In vielen anderen Staaten ist eine Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen längst selbstverständlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für die Schaffung einer Ombuds- und Beschwerdestelle ein, die es beispielsweise Personen in Polizeigewahrsam ermöglicht, umgehend Misshandlungen oder andere Rechtsverletzungen zu melden und prüfen zu lassen, ohne dass sie dadurch weitere Repressalien befürchten müssen. Hierzu könnten regelmäßige stichprobenartige Kontrollen durch Anwälte erfolgen. Bei Beschwerden wären dann Kontrollen möglich, ohne dass diese einer konkreten Beschwerde zuzuordnen sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die Menschenrechtsbildung als verpflichtenden Bestandteil der polizeilichen Aus- und besonders bei der Weiterbildung deutlich ausbauen. Die Polizei ist verpflichtet, diese Rechte jederzeit zu achten. Sie hat aktiv zu ihrem Schutz beizutragen. Dafür brauchen Polizistinnen und Polizisten fundiertes Wissen und ausreichende Kompetenz in der praktischen Anwendung.



NEUBAU VON POLIZEIDIENSTSTELLEN

Richtfest für neues Polizeizentrum Wolgast

– Wolgaster Polizeizentrum soll im August 2012 fertig sein –

Am 14. Juli 2011 wurde das Richtfest für das neue Polizeizentrum Wolgast gefeiert. „Mit dem Neubau erhalten die Polizistinnen und Polizisten bessere Arbeitsbedingungen. Die einzelnen Polizeidienststellen arbeiten dann unter einem Dach. Wir werden auch in Zukunft die baulichen Rahmenbedingungen der Polizei weiter optimieren“, sagte Bauminister Volker Schlotmann in Wolgast.

In seinem Grußwort sagte Innenminister Lorenz Caffier: „Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen das Richtfest für ein neues Dienstgebäude der Polizei in Wolgast feiern zu können. Mit dem Neubau wollen wir den hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Dienststellen ein Objekt zur Verfügung stellen, das dem Bedarf und den Ansprüchen einer modernen Polizeidienststelle entspricht. Das ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft! Denn auch zukünftig wird die Polizei in Wolgast der Bevölkerung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit beitragen.“

In der Chausseestraße 64 in Wolgast entsteht derzeit ein Neubau mit einer Nutzfläche von rund 1400 Quadratmetern für die Unterbringung der Dienststellen Polizeirevier, Kriminalkommissariat-Außenstelle und Wasserschutzpolizeiinspektion. Das bisher für die Polizei genutzte alte Feuerwehrgebäude sowie die Baracken auf der Liegenschaft wurden im Herbst vergangenen Jahres aufgrund unzureichender Bausubstanz abgebrochen. Der vorhandene Funkturm wird während der Bauzeit zur Sicherstellung des Polizeifunkbetriebes in Funktion bleiben und im Anschluss an die Neubaumaßnahme mit der Umstellung auf Digitalfunk ersetzt.

Der Neubau soll im Spätsommer nächsten Jahres fertiggestellt werden. Das Land investiert insgesamt rund 5,1 Millionen Euro.

Für die Baumaßnahme zeichnet der landeseigene Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V (BBL M-V), der zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung gehört, verantwortlich.

Landesweit sollen bis 2013 rund 30 Millionen Euro für große Baumaßnahmen der Polizei umgesetzt werden. In diesem Sommer werden beispielweise die Einsatzleitstelle des Polizeipräsidiums Rostock und der Fahrzeugbereich



© 2010 Architekturbüro Albert und Beyer, Rostock

des Präsidiums fertiggestellt. Beim Polizeirevier und Kriminalkommissariat in Heringsdorf ist für Ende dieses Jahres der Baubeginn für einen Erweiterungsbau vorgesehen.

In Wismar soll ab Frühjahr nächsten Jahres das unter Denkmalschutz stehende Dienstgebäude saniert und mit einem modernen Neubau ergänzt werden.

Seit 1991 wurden rund 133 Millionen Euro für die bauliche Erneuerung der Polizeidienststellen des Landes bereitgestellt.

(Quelle: Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern)

Einige Zahlen und Fakten zum Neubau

– 96 Beamtinnen und Beamte sollen später in dem Funktionsgebäude unterkommen.

– 2200 Kubikmeter Bodenaustausch erfolgten für das Vorhaben. Verarbeitet werden 100 Tonnen Baustahl, 965 Kubikmeter Beton und 3380 Quadratmeter Kalksandstein.

– 974 Quadratmeter sieht der Raumbedarfsplan für das Polizeirevier und das

Kriminalkommissariat vor. Die Wasserschutzpolizeiinspektion beansprucht 376 Quadratmeter. Erstmals werden in MV an einem Revierstandort drei unterschiedliche Polizeiorganisationen in einem Dienstgebäude gemeinsam untergebracht.

Rückblick

„Ermittler und Täter teilen sich das Klo“ titelte die OZ im April 2006, nachdem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) öffentlich u. a. darauf hingewiesen hatte, dass beide Baracken jeweils nur über ein WC verfügen, das sowohl von den Polizisten als auch von den zu vernehmenden Personen benutzt wird.

Zukunft

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird auch weiterhin versuchen, die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen unserer KollegInnen zu verbessern, auch wenn es darum geht – diesmal für die Kollegen des **PHR Greifswald** – Duschenschneller zu beschaffen ...

Landesredaktion

